

# Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwedischen Verlage. (Hallischer Courier.)

Intelligenzblätter  
für die häufigste  
Zelle über deren  
für Halle u. Reg. Bez.  
Verlegung nur 15 Pf.  
sonst 18 Pf.  
Reclamen am Schluss  
des redactionellen Theils  
pro Seite 40 Pf.

Nummer 294.

Halle, Donnerstag, 16. December 1886.

178. Jahrgang.

Die 1. Ausgabe hat zwei Beilagen: den Roman Josephins Opfer S. 17-20 und die Lotterieliste.

Halle, den 15. December.

### Politische Mittheilungen.

In der Auskündigung des Central-Verbandes deutscher Industrieller am 19. September d. J. fand ein Antrag der Marktschleichen Kupferhändler haupt- sächlich auf Einführung eines Zolles auf Kupfer aus der Laogordnung. Da von verschiede- nen Kupfer committirten Industriellen Widerspruch gegen die Einführung eines solchen Zolles erhoben war, so wurde in Uebereinstimmung mit dem Vertreter der be- zugsnehmenden Gewerkschaft davon Abstand genommen, in die Erringung der Zölle einzutreten, der Ausschuss des Central-Verbandes deutscher Industrieller beschloß vielmehr, die Interessen an der Frage der Einführung eines Zolles auf Kupfer auf weiterer Erörterung der Sache zu lassen. In diesem Zwecke waren Vertreter der Kupfer- und Kupfer aus ausländischen Material und Vertreter der Kupfer verbrauchenden In- dustrien zu einer Konferenz berufen worden, welche gestern dem Vorhinein des Geh. Finanzrath Herrn Kern, Mitglied des Präsidiums des Centralverbandes, im Kaiser- Hof abgehalten wurde. In dieser Versammlung wurde von vornherein festgestellt, daß es nicht Aufgabe der Konferenz sei, irgend eine, etwa durch Abstimmung vor- zuzuziehende Entscheidung über die Frage der Einführung eines Zolles auf Kupfer zu treffen, es wurden viel- mehr, an der Hand eines aufgestellten Fragebogens, die verschiedenen Gesichtspunkte von den verschiedenen Inter- essenten erörtert und die Gründe für und gegen die Ein- führung des Zolles eingehend dargelegt. Die Verhand- lungen sind fenographisch aufgenommen worden und das reichhaltige Material wird die Grundlage für die weitere Er- örterung und Beschlußfassung im Ausschuss dazu, in der Delegirtenversammlung des Centralverbandes bilden.

Die demokratische Presse benutzt die augenblicklich schwebenden Verhandlungen über die Feststellung der Friedenspräsenzstärke des Heeres dazu, ihr altes Lied von der Wichtigkeit einjähriger Dienstzeit zu singen. Sie geht dabei davon aus, daß dann statt der jetzt jähr- lich einberufenen 100 000 Mann schon jetzt 200 000, und wenn die Volksschule für die körperliche Ausbildung ihrer Jünglinge etc. die Verpflichtung habe, das zu thun, was sie jetzt nicht thut, 300 000 Mann zur Ausbildung ge- langen könnten. Der Vorschlag ist nicht neu; er wurde bereits 1848 in der Paulskirche gemacht. Legt man diesem die demokratischen jetzt vorgeschlagene Ausbe- hungsziffer zu Grunde, so würde das einer Kriegsstärke von 1 500 000 Mann Linde und 2 100 000 Mann Landwehr, im Ganzen also von 3 600 000 Mann gleichkommen, für welche in dem 1848er Gesetzentwurf Redres vorgesehen waren. Die Konsequenz davon wäre, eine einjährige Dienstzeit nur bei der Infanterie, vorausgesetzt eine Friedenspräsenzstärke von 225 000 Mann In- fanterie (jüngster Jahrgang, 28 000 Mann an schwächster Lebnungsnotte früherer Jahrgänge und 225 000 Mann Kavallerie, Artillerie und Ingenieure (drei Jahr- gänge zu 75 000 Mann), insgesamt von 478 000 Mann, also eine noch höhere Ziffer als diejenige, welche die Bundesregierungen zu Erhaltung der Wehrkraft des Reiches nach ihrem bewährten System für erforderlich halten. Zur Verkörperung dieser demokratischen Lieb- lingsidee wäre aber ferner eine Verdoppelung der Redres erforderlich, also beispielsweise: die Unterhaltung von 36 Generalcommandos an Stelle von 18, von 72 Infanterie- Divisionsstäben an Stelle von 36, von ca. 280 Brigaden und den gleichlebenden Stäben an Stelle von 140 und so fort in steigender Progression bis hinunter zur Kom- pagnie etc. In seiner Ausführung gehörte selbstständig- lich ferner ein entsprechend erhöhter Pferdebestand, sowie die Neuerschaffung, Unterhaltung und Aufrechterhaltung des für eine so ungeheure Armee erforderlichen Bewehrungs- und Ausrüstungsmaterials, nebst dessen Reservenvorräten, sowie die notwendigen Unterhaltungsmittel für lebendes und todes Inventar. Die demokratische Gemeschaft, schließt daran die „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen die Re- gierungsvorlage entkräftigt also nicht finanziellen Grün- den, der Demokratie ist vielmehr die Quantität, nicht die Quantität, unseres Wehrverbandes ein Dorn im Auge; diejenige durch militärische Erziehung bedingte Qualität, welche es unmöglich macht, das Heer in erhöhter Weite unter die Botmäßigkeit einer demokratischen Parla- mentarität zu bringen.

Der Kaiser wohnte vorgestern Abend der Vor- stellung im Opernhause bei. Nach dem Schluss derselben fand bei den Majestäten eine kleinere Theegesellschaft statt. Gestern führte der Kaiser die regelmäßigen Vorträge und nahm im Besonderen des commandirenden Generals des Garde-Korps und des Gouverneurs der persönlichen Resi- denz des bisherigen Commandeurs der 20. Division, Obersten General-Lieutenant v. Stummff, des in den Abfall von Obersten General-Lieutenant v. Stummff, des von seiner Frankreich wurde getretenen Commandeurs der 1. Garde- Infanterie-Brigade General-Lieutenant von Dahnke, so- wie des Commandeurs der 5. Feld-Artillerie-Brigade, General-Majors von Deimling, des Chefs des General-

stabes des Garde-Korps, Generalmajors von Holleben, ferner des Chefs des Generalstabes des 5. Armeekorps, Generalmajors Bergmann, des Abtheilungschefs im großen Generalstab, Generalmajors von Schlieffen, und des zum Commandeur der 30. Infanterie-Brigade ernannten Generalmajors von Seebad entgegen. Mittags hatte der Kaiser eine Konferenz mit dem Chef der Admiralität, arbeitete mit dem Chef des Militär-Kabinetts und unter- nahm mit dem Diner in Begleitung des Flügeladjutanten Major v. Bülow eine Spazierfahrt.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin hatten sich gestern Vormittag nebst der Prinzessin Victoria, wie alljährlich an diesem Tage, dem Erbprinzen des Prinzen Albert von England und der Großherzogin Alice von Hessen, von Berlin nach Potsdam begeben, von wo die- selben um 2 Uhr nach Berlin zurückkehrten.

An der Abänderung der Budgetcommission des Reichstages am 13. D. W. kam zunächst die erste Rate für den Bau des Nordostsee-Kanals zur Sprache, wobei der in der Summe von 19 Millionen (aus der betreffenden Reichsanleihe mit dem künftigen Reichsanleihe zu bedecken) Betrag von 2 1/2 Millionen für den Bau von Baracken mit Wohn- und Ver- pflegungseinrichtungen für die 8 bis 10 000 beim Kanal zu be- schäftigten Arbeiter zu einer kurzen Discussion Veranlassung gab, bei der u. a. vom Referenten Rade der Wunsch ausge- sprochen wurde, noch möge die Unternehmer der Arbeiten ver- tragsmäßig verpflichtet, den bei ihnen beschäftigten Arbeitern Wohnung und Kost zu den von der Verwaltung überall gleich- mäßig festzusetzenden Bedingungen zu stellen, jedoch eine Aus- nahme für Arbeiter verweigert werden. Die Kosten wurden be- willigt; ebenso die erste Rate für das Deutchenbades des Patent- antrag — 20 000 M. Hierauf legte die Commission zu der neulich abgebrochenen Verhandlung über die Abwirthschaft- liche Reichsanleihe zurück. Die Debatte war wieder äußerst lebhaft und dauerte bis 1 Uhr. Die Beschlusstheorie der Wände und Wärdern führte aber zu Unklarheiten, die in den schließlich gefaßten Beschlüssen einen bedeutenden Ausdruck fan- den. Ein von dem Abg. Dr. Hammer gestellter Antrag trat der für die persönlichen und häuslichen Kosten der Verwaltung einzutretenden Kosten der Arbeiter herabzusetzen, was ver- einbartig vorgelegt wird, abgelehnt, wenn nicht im Prinzip, jedoch für das nächste Jahr. Der die Mittel für die U. Ab- weisung also die technische, wurden bewilligt.

Die Institution und das Wirken der Kreis- directoren in Uffas-Vorbringen wird bei einer aus- wärtigen „Rep. franc.“ gerichteten Aufschrift im Tone widerwilliger Anerkennung besprochen. Der Korrespondent befindet sich diesbezüglich in einem Dilemma. Er will abwarten nicht zugeben, daß die Uffas-Vorbringen in ihren Gesinnungen für Frankreich wahren können und muß demnach eingestehen, daß die Kreisdirectoren den von ihm und seinen Gesinnungsgenossen gehegten Hoffnungen sehr im Wege stehen.

Trag rüden — heißt es am Schluß obiger Aufschrift — ist es einigen von ihnen (den Kreisdirectoren) gelungen, sich der Zeitung (landwirthschaftliche Kreise zu bemächtigen, aus denen sie kraftvolle Werkzeuge der Germanisirung machen, indem sie an die wohnigenen Konkrete Unterweisungen verteilen. Anderer haben sich in die Gemeinderäte zu setzen, wo sie zum Fortkommen des Reiches eine ebenso geübliche als ver- schämte Umgestaltungsmittel leisten.

Ich bedauere gewiss nicht, den preussischen Staat als Mutter für Frankreich hinzustellen, nehme vielmehr zu denen, die so meinen, daß man sich begeben, haben die deutschen In- stitutionen die zu sehr fort. Doch aber wäre es an der Zeit, die Verwaltungsorganisation abzuändern, wenn man sie leistungsfähig machen will, und der Angelegenheit wäre, da den französischen Interessen, einen der selbst Autorität zu sein, was man so lassen, womit die preussische Kreisdirectoren, zu un- terer Unglut und zum größten Vortheil des Germanisirungsvor- zuesgrünet ist.

Bulgarisches. Nach Informationen, welche dem „Journal de St. Petersburg“ zugehen, konnte die einzige Mittheilung, welche der bulgarische De- putation in dem russischen Botschaftshotel zu Wien ge- macht worden, nur darin bestehen, daß dieselbe in Petersburg nicht empfangen werden würde. Anderslautende Nachrichten Wiener Blätter stammen jeben- falls nicht aus der russischen Botschaft.

Wie die Wiener Morgenblätter vom 14. mittheilen, verbleibt die bulgarische Deputation noch ein oder zwei Tage dort.

Wie die Wiener „Politische Korrespondenz“ meldet, ist die bulgarische Deputation von ihrer Regierung angewiesen, das Eintreffen schriftlicher Aufträge des Mi- nisters des Auswärtigen, Reichswissenschaft, in Wien abzu- warten. Nach Eintreffen derselben geht die Deputation nach Berlin; die Reise nach Petersburg unterbleibt, da, wie bekannt, die wiederholten Schritte der Deputation bei dem Botschafter Schwarzorn, einen wenn auch nur privaten Empfang in Petersburg zu ermöglichen, ein negatives Er- gebnis hatten. Von Berlin aus wird die Deputation die Regierungen der anderen Signatarmächte aufsuchen.

Nach dem „Neuen Wiener Tagblatt“ wurde Prinz Ferdinand von Coburg heute Mittag von Kohnth empfangen. Man bringt diese Besprechung mit der Frage der Candidatur des Prinzen für Bulgarien in Zu- sammenhang.

Englischer Seite wird gemeldet: Dem „Stand- ard“ zufolge hat seit dem St. Georgstage die inter- nationale Situation sich etwas gebessert in Folge persönlicher Vorgehens des deutschen Kaisers, der mit großer Freude die friedlichen Versicherungen des Grafen Schuwalow an diesem Tage hörte. Der Kaiser erwiderte, er würde sich freuen, sein Leben in Frieden

zu beschließen, und sprach die Hoffnung aus, der Za- werde eine friedliche Lösung der bulgarischen Frage finden, ohne nöthig zu haben, zum Aeußersten zu schreiten. Der Kaiser schrieb einen überaus herrlichen und einbringlichen Brief an den Zaren, der den günstigen Eindruck auf diesen machte und die Folge hatte, daß der Zar seitdem eine gewisse Neigung be- kundete, die Candidatur des Fürsten von Mingirellen aufzugeben, falls die übrigen Mächte sich über einen auch für ihn annehmbaren Kandidaten verständigen. Hier wird geklärt, die Lösung der Fürstenfrage werde durch die Anwesenheit der Sobranje-Deputation in Berlin wesentlich gefördert werden.

Letztere Nachricht widerpricht direkt einem Telegramm der K. Z. Nr., wonach die Deputation in Berlin und Petersburg man nicht empfangen würde.

Andere Telegramme der K. Z. F. melden aus Sofia, vom 12. d. Gabban Pascha überreichte gegen der bulgarischen Regierung eine Depesche des Großveziers, welcher im Namen des Sultans und in Interesse Bulgaris selbst eindringlich rüth, die Candidatur des Fürsten von Mingirellen ja nicht abzulehnen und sich zu beilegen, zu dessen Gunsten sich auszusprechen, weil es sonst zu spät sein werde. Die Note bemerkte, daß das Resultat der Reise der Deputation diese befähigen dürfte. Die bulgarische Regierung beabsichtigt hierauf erst auf Verlangen zu antworten, und zwar in dem Sinne, daß die große Sobranje allein competent sei, sich über die Fürstenfrage auszusprechen. Die Regierung wird die höchsten Vertreter der Großmächte von dem Inhalte der obigen Depesche mündlich verständigen. — Sofia, 12. December, 9 Uhr Abends. Gabban Pascha erschien gestern einmal bei Reichswissenschaft. Als ihm der Bureauleiter meldete, der Minister sei nicht zu Hause, wollte Gabban unangemeldet in das Bureau eindringen. Da der Diener dies verhinderte, wurde Gabban während und beschimpft in unbegründeter Weise sowohl Reichswissenschaft als die gesamte Regierung. Gabban und der russische Consulats-Beamte Somow gedenken dieser Tage abzu- reisen. Man telegraphirt dem genannten Wlate endlich aus Petersburg, 13. d. Die Ansprache Ralnoy's als die bulgarische Deputation wird von den Wlätern als ein Symptom offener Feindseligkeit besprochen und als äußerste Grenze diplomatischen Kampfes bezeichnet. Die Unerwünschtheit der russisch-österreichischen Gelegenisse, äußerte die Rowoje Wremja, bedinge keineswegs einen Conflict zwischen Deutschland und Rußland. Das kraftlose Drei-Kaiser-Bündniß müsse einer neuen Formel weichen. Die Garantie, daß Deutsch- land nicht die Stillung Anstalts für den Fall einer Festlegung des österrösch-englischen Bündnisses vorbe- reitet, und die Rolle eines ehrlichen Wäkters nicht aufge- worde, würde Rußland vollständig zufriedustellen.

Offiziös wird zur Lage geschrieben: „Wenn aus dem Umfange, daß die bulgarische Deputation in Wien von dem russischen Botschafter Schwarzorn zum Empfangen zugelassen wurde, sich die Schlußfolgerung ergeben haben möchte, daß in den Dispositionen der russischen Regierung eine Aenderung Platz gegriffen habe, so räumt das heutige St. Petersburgs Telegramm die- ses Vorstellung gründlich ab, indem es konstatiert, daß die bulgarischen Deputierten aus dem Wunde des Fürsten Schwarzorn keinerlei anderen Bescheid erwarten konnten, als den, daß sie in Petersburg auf keinen Empfang rechnen dürfen. Diese Kundgebung des Telegraphen entspricht zu genau dem Standpunkte, welchen man unlängst an dem Communiqué des russischen „Regierungsange- gers“ kennen lernte, um an der Authentizität ihres Inhalts einen Zweifel Raum zu lassen. Was immer die bulgarische Deputation bei ihrer Informationsreise durch Europa für Zweck anstreben möge, der Weg der Annäherung an Rußland bleibt ihr hermethisch verperrt, weil die Staats- mächte, daß es sowohl gegen die Würde, als das An- sehen Rußlands sei, einer Lösung des bulgarischen Pro- blems näher zu treten, so lange der jetzige, russischerseits als illegitim betrachtete Zustand im Fürstentum fort- dauert. Das harrliche Festhalten des St. Petersburgs Kabinetts an dieser Auffassungswiese der bulgarischen Ent- wicklung seit dem Willkürlicher Gewaltstreich zeigt daher auf das Deutlichste, was für die russisch-österreichische sprin- gende Punkt des bulgarischen Problems liegt. Wie man sich an der Rewa die Befestigung der möglichen Einflüsse denkt und welche Stellung man zu einer ent- sprechend modificirten Situation einnehmen dürfte, darüber liegen bis jetzt keinerlei Fingerzeige vor. Nach den neu- lichen staatsrechtlichen Darlegungen im russischen „Regie- rungsanzeiger“ zu schließen, dauern aber die Unterhandlungen des St. Petersburgs Kabinetts behufs Aufhebung des bulgarischen besitzenden Druckes und Herstellung der ge- setzlichen Ordnung dablei unangeführt fort. Anderswo mag man der russischen Auffassungswiese der bulgarischen Dinge vielleicht nicht völlig und bedingungslos beipflichten, hat aber jedenfalls noch ungleich weniger Grund, sich in einen Gegenstand zu verwickeln zu bringen, und so die abge- hängte verwickelte Lage noch mehr zu erschweren. Was die „Nordd. Allg. Ztg.“ vorgelassen von der deutschen Re- gierung sagte: daß sie nicht dazu zu bulgari- en zu beglücken, sondern Deutschland vor G. e.





